



# MEIN INFOBRIEF

Für Sie ausgesuchte Informationen und Themen

Dr. Dieter-L. Koch, Mitglied des Europäischen Parlaments

Infobrief Nr. 02/ 2017 vom 16.01.2017, 16. Jahrgang

Aus dem Europäischen Parlament

*Liebe Leserinnen, liebe Leser,*

*Damit Sie meine „Infobrief-Arbeitsthemen“ aus 2016 wieder finden, habe ich Ihnen ein Register erstellt.*

*Sie finden das Verzeichnis unter: [http://www.dieter-l-koch.de/wop/wp-content/uploads/2016/register\\_2016\\_II.pdf](http://www.dieter-l-koch.de/wop/wp-content/uploads/2016/register_2016_II.pdf)*

## Unser Kandidat für das Amt des EU-Parlamentspräsidenten: Antonio Tajani

### „Jetzt wird sich zeigen, ob man sich auf Liberale verlassen kann“

**Diese Woche wählt das EU-Parlament in Straßburg seinen neuen Präsidenten. Wir haben einen überzeugenden Kandidaten für dieses Amt vorgeschlagen: unseren Kollegen Antonio Tajani aus Italien.**

Er bringt reiche Erfahrung in verantwortlichen Positionen der EU mit und steht für eine neue Kultur, bei der die Tagespolitik von den Fraktionen betrieben wird und der Präsident alle Fraktionen, ob klein oder groß, respektiert. 2014 haben die Wähler ein Europäisches Parlament gewählt, in dem weder die Linke, noch die bürgerliche Seite über eine eigene stabile Mehrheit verfügt. Als Demokraten waren und sind wir zum Kompromiss gezwungen. Deshalb ist zu Beginn der Legislaturperiode eine feste Vereinbarung geschlossen worden.

Wir haben nur auf dieser Basis Martin Schulz wiederholt zum Parlamentspräsidenten gewählt.

Die EVP-Fraktion war und ist ein verlässlicher Partner. Jetzt

müssten sich auch S&D- und ALDE-Fraktion an die Vereinbarung halten. Nun wird sich zeigen, ob man sich auf die Unterschriften von Martin Schulz (amtierender Parlamentspräsident) und Guy Verhofstadt (Fraktionsvorsitzender der Europäischen Liberalen) im Namen ihrer Fraktionen verlassen kann oder ob sie wortbrüchig werden.

Seit langer Zeit ist es gute Tradition, dass sich S&D- und EVP-Fraktion in der Führung des EU-Parlaments abwechseln. Die beiden großen Fraktionen tragen eine besondere Verantwortung für Europa. Deshalb hoffe ich sehr, dass die Wahl des Präsidenten zugunsten Tajanis ausgeht. Denn wie sollte es 2019 nach den nächsten Wahlen weitergehen, wenn die S&D jetzt die Vereinbarung bricht? Dann hätten Vereinbarungen keinen Wert mehr. Die Frage ist: Bleibt unser Parlament berechenbar und verlässlich? Wer jetzt mit einer guten Tradition bricht und wessen Unterschrift nichts mehr wert ist, der erschüttert die Stabilität des Europäischen Parlaments als Institution!

## Aktueller Arbeitsmarktbericht der EU-Kommission

### Beschäftigung in Europa ist so hoch wie nie zuvor

**Im vergangenen Jahr wurden in den Mitgliedstaaten drei Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen. Nie zuvor waren in Europa mehr Menschen erwerbstätig.**

Dies geht aus dem von der EU-Kommission vorgelegten Jahresbericht zur Beschäftigung und zur sozialen Lage in Europa hervor. Demnach waren im 2. Quartal des vergangenen Jahres 232 Millionen Menschen in Lohn und Brot. Das zeigt, dass unsere Bemühungen der letzten Jahre Früchte tragen.

Besonders gut entwickelt sich die Situation in den Ländern,

die bei der Umsetzung von Reformen mit an der Spitze stehen. Vor allem in Spanien und Portugal wächst der Arbeitsmarkt inzwischen kräftig. Gegenüber dem Krisentiefstand im Jahr 2013 ist die Zahl der Beschäftigten hier um sieben beziehungsweise sechs Prozent gestiegen. In Irland gab es sogar ein Plus von mehr als zehn Prozent. Allerdings bestimmt noch immer ein großes Nord-Süd-Gefälle die Beschäftigungszahlen: Sie reichen von 81,5 Prozent in Schweden bis 56,6 Prozent in Griechenland. Die Arbeitslosenrate ist in Deutschland mit 4,1 Prozent am niedrigsten und in Griechenland mit 23,1 Prozent am höchsten.

### Neuer EU-Haushaltskommissar hat sein Amt angetreten

## „Günther Oettinger ist endlich an der richtigen Stelle angekommen“

**Die drei Ausschüsse im Parlament, deren Fragen sich EU-Kommissar Günther Oettinger vergangene Woche gestellt hat, befürworten seinen Wechsel ins Haushaltsressort.**

Es ist ein sehr freundlicher Brief geworden, in dem die Vorsitzenden der beteiligten Ausschüsse darlegen, warum Günther Oettinger geeignet ist, das Amt des EU-Haushaltskommissars auch auszufüllen, das er zum 1. Januar übernommen hat. Eine Mehrheit der Fraktionskoordinatoren sowohl im Haushalts-, im Haushaltskontroll- als auch im Rechtsausschuss war jeweils der Überzeugung, dass Oettinger als Budgetkommissar und Personalchef der EU-Kommission die nötige Erfahrung mitbringt.

Mit seiner Befragung vor dem Europäischen Parlament hat er die letzte Hürde genommen, um seines neuen Am-

tes walten zu können. Zwar haben wir Abgeordnete nicht die Befugnis, einen einzelnen Kommissar abzusetzen (wir können nur der gesamten Kommission unser Misstrauen aussprechen), aber mit einer Ablehnung hätten wir ihm das Leben mächtig schwer machen können.

Oettinger hat sich kompetent und überzeugend zu den Sachfragen der Abgeordneten geäußert. Auch für seine unbedachten Aussagen vom Oktober hat er sich nochmals entschuldigt.

Ich persönlich setze große Hoffnungen in Günther Oettinger. Für mich ist er endlich an der richtigen Stelle angekommen. Er ersetzt die Bulgarin Kristalina Georgiewa, die zur Weltbank gewechselt ist. Oettinger war bis 2010 baden-württembergischer Ministerpräsident und seitdem EU-Kommissar – zunächst für den Energiebereich und später für digitale Wirtschaft und Gesellschaft.

### Evaluierung des Europäischen Sozialfonds (ESF) 2007-2013

## EU-Kommission veröffentlicht Bewertungsbericht

**Anders als häufig angenommen verbessert sich die allgemeine soziale Lage in Europa.**

Dabei spielt der Europäische Sozialfonds (ESF) eine große Rolle, mit dessen Unterstützung bis Ende 2014 mindestens 9,4 Millionen Menschen in Europa eine Arbeit gefunden haben. Dies geht aus dem von der EU-Kommission vorgelegten Bericht zur Evaluierung des EFS für die Förderperiode 2007 bis 2013 hervor. Demnach konnten europaweit 8,7 Millionen Menschen dank des ESF an einer Qualifizierung teilnehmen oder ein Zertifikat erwerben, das ihnen später

zu einer Arbeitsstelle verhalf. Seit fast 60 Jahren spielt der Europäische Sozialfonds eine wesentliche Rolle bei der Funktionsweise der Arbeitsmärkte in den Mitgliedstaaten: Er trägt zur Modernisierung der Arbeitsverwaltungen bei, fördert die Bildungssysteme und die allgemeine öffentliche Verwaltung und unterstützte die am stärksten Benachteiligten in der Gesellschaft. Er ist Europas wichtigstes Instrument zur Förderung der Beschäftigung und sozialer Integration und ermöglicht Menschen, ihre berufliche Zukunft in die Hand zu nehmen – auch unter schwierigen Umständen oder in einem zweiten Anlauf.

#### **Bewerbungsfrist für den „Employment for All Award 2017“ läuft**

Der Europäische Dachverband der Dienstleistungsanbieter für Menschen mit Behinderungen (EASPD) und die Europäische Union für Unterstützte Beschäftigung (EUSE) laden ein, sich für den „Employment for All Award 2017“ zu bewerben. Mit dieser Auszeichnung werden Unternehmen oder Arbeitgeber geehrt, die sich im besonderen Maße für die Beschäftigung von Menschen mit Behinderung eingesetzt haben. Bewerbungsschluss ist der 31. Januar. <http://www.easpd.eu/en/content/annual-conference-2017-belfast#>

#### **EU-Parlament fordert visafreien Zugang für USA und Kanada für alle EU-Bürger**

Die EU-Abgeordneten fordern, dass alle EU-Bürger das Recht haben sollten, ohne Visum in die USA und nach Kanada einzureisen, so wie Bürger der USA und Kanada, wenn sie in die Europäische Union reisen. Die EU-Kommission ist nun aufgerufen, einen Vertragsentwurf vorzulegen, der eine vollständige Gegenseitigkeit im Visumbereich mit den beiden Ländern erreicht. Rumänische und bulgarische Bürger müssen für die Einreise nach Kanada ein Visum vorweisen. Allerdings soll diese Regelung nur bis Ende 2017 gelten.

## CETA-das Votum des EU-Parlamentes ist entscheidend

### 90-Minutengespräch mit Vertretern der Greenpeacegruppe Jena

Mit drei Vertretern der Greenpeacegruppe Jena führte ich am 13. Januar ein interessantes Gespräch zu diversen Themen.

In einer fairen und angenehmen Atmosphäre tauschten wir u.a. Argumente und Sichtweisen um Globalisierung, europäische Umwelt- und Sozialschutzstandards, aktuelle Entwicklungen in den USA, Rußland und anderen Staaten aus. Im Mittelpunkt des Gespräches stand allerdings das Umfassende Wirtschafts- und Handels-Abkommen zwischen der EU und Kanada (CETA). Insbesondere ging es um die „Roten Linien“ des EU-Parlamentes, die in einer mit großer Mehrheit angenommenen Entschließung der Europaabgeordneten enthalten und öffentlich einsehbar sind. Neben dem einstimmig erteilten Verhandlungsmandat (Auftrag) der Staats- und Regierungschefs diente diese Entschließung den Verhandlungsführern der EU-Kommission als Handlungsanweisung und Richtschnur. Diese „Roten Linien“ sind für uns als Europaabgeordnete eine Grundlage, nach der wir die Bewertung der Verhandlungsergebnisse vornehmen werden. Sie bestimmen somit in besonderem Maße unser Abstimmungsverhalten im Plenum. Ohne Zustimmung des Europaparlaments kann CETA nicht Inkraft treten, selbst wenn diesem Vertrag die Staats- und



Regierungschefs bereits allesamt zugestimmt haben! Von besonderem Interesse waren ausserdem das Investitionsgerichtssystem, die Verbindlichkeit der Zusatzklärung zu CETA, die Befugnisse des Regulatorischen Konzils, sowie die Finanzierung von Kampagnen und Lobbytätigkeit. Ich bin mir sicher, dass Greenpeace die zentral arrangierten Kampagnen gegen CETA nicht aufgeben wird, rechne jedoch damit, dass vorort mit faireren Argumenten aufgewartet wird. Die Atmosphäre und das Ergebnis des Gespräches gaben Anlaß genug im Kontakt bleiben zu wollen.

## Diktatur gleich Diktatur

### Seminar: Autoritäre Herrschaftsformen im Vergleich

**Das Dritte Reich, die DDR, Syrien oder Nordkorea, neuerdings auch die Türkei und Russland – alle diese Länder wurden schon und werden heute als Diktaturen bezeichnet.**

Dabei unterschieden und unterscheiden sie sich hinsichtlich ihrer Herrschaftsmechanismen und Ziele zum Teil erheblich. Häufig ist dabei zudem nicht klar, nach welchen Kriterien autoritäre Regime oder Staaten als Diktaturen bezeichnet werden. Führt die Bezeichnung der DDR als zweite deutsche Diktatur zu einer Gleichsetzung des Un-

rechts im SED-Staat mit den Verbrechen des NS-Regimes? Wie entwickeln sich überhaupt Diktaturen und anhand welcher Analysen können wir in Gegenwart und Zukunft die Etablierung diktatorischer Systeme erkennen? Die Beantwortung dieser Fragen bildet den Schwerpunkt des Seminars, welches vom 30.-31. März 2017 in der Akademie Point Alpha stattfindet, und das auch inhaltliche und methodisch-didaktische Schwerpunktsetzungen für den Geschichtsunterricht thematisieren wird.

Mehr Infos unter: [https://www.schulportal-thueringen.de/web/guest/catalog/detail?tspi=116814\\_](https://www.schulportal-thueringen.de/web/guest/catalog/detail?tspi=116814_)

#### **Motivierte Schüler gesucht - vom 1. Februar bis 15. März auf [www.start-stiftung.de](http://www.start-stiftung.de) für ein Stipendium bewerben!**

Die START-Stiftung vergibt ab sofort die bewährten START-Schülerstipendien. Das Stipendium unterstützt Jugendliche mit eigener Zuwanderungs- oder Fluchtgeschichte ideell und materiell, die erst seit kurzem in Deutschland leben (bis zu fünf Jahre) und Interesse an schulischer und persönlicher Weiterentwicklung haben.

Die Bewerbung steht ausdrücklich allen Schülerinnen und Schülern ab der 8. Klasse offen, unabhängig von der aktuellen Schulart und dem angestrebten Schulabschluss.

### Zentrum für Europäische Politik (cep)

## EU-Kodex für die elektronische Kommunikation

### Die EU-Kommission überarbeitet die Zugangsregulierung für marktbeherrschende TK-Netzbetreiber.

Diese soll verstärkt den Wettbewerb auf der Endkundenebene berücksichtigen. Das cep begrüßt in seiner jüngsten Analyse diesen Schritt, kritisiert aber die regulatorische Privilegierung von „Netzen mit sehr hoher Kapazität“. „Die regulatorische Privilegierung von Netzen mit sehr hoher Kapazität, insbesondere von glasfaserbasierten Netzen, bei der Zugangsregulierung greift ordnungspolitisch unzulässig in Marktprozesse ein“, erklärt Bert Van Roosebeke vom cep.

Diese führe zu einer politischen Lenkung der Netzzugangspreise – und damit auch Endkundenpreise – für unterschiedliche Netztechnologien. „Dadurch könnten Investitionen in weniger leistungsfähige Netze unterbleiben, die aber den Wettbewerb zumindest auf Teilen des Endkundenmarktes positiv beeinflussen“, so Van Roosebeke, der vorschlägt, dass „darüber, wann und wo schnellere Netze sinnvoll sind, die Nachfrage der Kunden entscheiden soll und nicht ein

industriepolitisch motivierter Wunsch der EU-Kommission“. Außerdem sollte die – an sich vertretbare – Bevorzugung von Ko-Investitionsmodellen für neue Netzbestandteile nicht nur für Netze mit sehr hoher Kapazität gelten. Auch ist eine sektorspezifische Ex-ante-Regulierung von vertikal getrennten Netzbetreibern aus Sicht des cep nicht nötig. Die Zugangsregulierung für TK-Netzbetreiber mit beträchtlicher Marktmacht ist eine sektorspezifische Weiterentwicklung des allgemeinen Wettbewerbsrechts. Jede Zugangsregulierung – so das cep in seiner Analyse – berge die Gefahr in sich, dass Unternehmen auf riskante Investitionen in den Auf- oder Ausbau eigener Netze verzichten und stattdessen den Zugang zu den Netzen anderer Netzbetreiber vorziehen.

Dieser Problematik müsse die Zugangsregulierung für marktbeherrschende TK-Netzbetreiber gerecht werden. „Netzinvestitionen können zu einem nachhaltigen Wettbewerb auf der Endkundenebene beitragen und die asymmetrische Zugangsregulierung überflüssig machen“, urteilt Van Roosebeke.

## EU-Nachrichten

**Bürgerinitiative zum Verbot von Glyphosat kann registriert werden:** Eine Europäische Bürgerinitiative (EBI) zum Verbot von Glyphosat kann registriert werden. Dies hat die EU-Kommission beschlossen. Die Bürgerinitiative hat die Kommission gebeten, „den Mitgliedstaaten ein Verbot für Glyphosat vorzuschlagen, das Zulassungsverfahren für Pestizide zu überarbeiten und EU-weit verbindliche niedrigere Ziele für den Einsatz von Pestiziden festzulegen“.

**Europäische Datenwirtschaft:** Die EU-Kommission will den freien, grenzüberschreitenden Datenfluss in der EU möglich machen und die bestehenden ungerechtfertigten Beschränkungen abschaffen. Dafür hat sie in Brüssel politische und rechtliche Konzepte vorgeschlagen, mit denen Europas Digitalwirtschaft vorangebracht werden soll.

**Weitere Fortschritte bei Hilfe für Flüchtlinge in der Türkei:** Die Umsetzung der Flüchtlingsfazilität für die Türkei kommt gut voran. Bei einem Treffen des Lenkungsausschusses der Flüchtlingsfazilität in Brüssel wurden die jüngsten Fortschritte gelobt. Erst vor kurzem wurden Verträge im Wert von mehr als 200 Mio. Euro unterzeichnet, um die

Bildungsinfrastruktur zu verbessern, Schulen zu bauen und auszustatten und Zehntausenden von Flüchtlingskindern den Zugang zum Schulunterricht zu erleichtern. Damit bietet die EU den bedürftigsten Flüchtlingen die Chance auf ein besseres Leben in der Türkei.

**EU unterstützt Mitgliedstaaten bei der Rückführung von irregulären Migranten:** Die neu eingerichtete europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache kann ab sofort die Mitgliedstaaten mit Einsatzteams bei der Rückführung von irregulären Migranten unterstützen. Der Pool mit 690 Rückführungsexperten und Rückkehrbegleitern steht nun offiziell bereit.

**„Sing me in“:** Die Strategische Partnerschaft „Sing me in“ entwickelt Methoden, wie gemeinsames Singen zur Integration von jungen Menschen mit Migrations- und Fluchthintergrund beitragen kann. Elf Chor-Verbände aus zehn Ländern sind an dem Projekt beteiligt. <https://www.jugend-in-aktion.de/foerderung/leitaktion-2/strategische-partnerschaften/> Projekt: <http://www.europeanchoralassociation.org/cooperation-projects/2016-2018-sing-me-in/>

**10. Europäischer Karlspreis der Jugend:** Der Preis wird jährlich gemeinsam vom EP und der Stiftung Internationaler Karlspreis zu Aachen an junge Menschen verliehen, die sich für Europa stark machen. Die eingereichten Projekte - Bewerbungsschluss ist der 30. Januar - müssen zur Verständigung in Europa und in der Welt beitragen, die Entwicklung eines gemeinsamen Bewusstseins für die europäische Identität und Integration fördern. Mehr unter: <http://www.charlemagneyouthprize.eu/de/root.html> oder auf unserer Internetseite <http://www.europarl.de/ECYP>.

**Jetzt beantragen: Nationale Kofinanzierung für Pool-Projekte:** Auch in diesem Jahr unterstützt das Bundesministerium für Bildung und Forschung Mobilitätsprojekte in Erasmus+, die sogenannte Pool-Plätze anbieten und dabei vielen Auszubildenden Lernaufenthalte im Ausland ermöglichen. Antragsfrist: 2. Februar. <https://www.na-bibb.de/erasmus-berufsbildung/mobilitaet/pool-projekte/>

**Relaunch von wege-ins-ausland.org:** Der Arbeitskreis „Wege ins Ausland“, eine gemeinsame Initiative von neun Institutionen aus den Bereichen Schule, Hochschule, Berufsbildung, Arbeit und Jugend, hat seine Website überarbeitet. Die Seite informiert Schülerinnen und Schüler, Studierende, Auszubildende und Berufstätige über die Möglichkeiten eines Auslandsaufenthaltes und verweist gezielt auf die passende beratende Organisationen. Mehr: <https://www.wegeninsausland.org/>

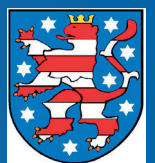
**EU-Programm Europa für Bürgerinnen und Bürger**  
Zusammen mit sieben europäischen Partnern nahm der europäische Dachverband Council of European Municipalities and Regions (CEMR) an einem EU-Projekt im Rahmen des EU-Programms Europa für Bürgerinnen und Bürger, Programmbereich 2.2. Vernetzung von Partnerkommunen mit dem Titel „Young European Leaders for Active Citizenship“ (YELAC) teil. Das Ziel des YELAC-Projektes war Förderung

der Teilnahme junger gewählter Vertreterinnen und Vertreter der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften an der europäischen Debatte sowie Stärkung ihrer Beteiligung am demokratischen Leben der EU. Mehr: [http://www.rgre.de/fileadmin/redaktion/pdf/aktuelles/YELAC\\_Implementation\\_summary.pdf](http://www.rgre.de/fileadmin/redaktion/pdf/aktuelles/YELAC_Implementation_summary.pdf) heruntergeladen werden.

**Neues Faktenpapier Ökodesign:** Sie regeln (nicht nur), wie Glühbirnen, Staubsauger und Heizungen beschaffen sein müssen: Was Unternehmen über die Richtlinien zu Ökodesign und EU-Energielabel wissen sollten, hat der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) jetzt in einem Faktenpapier zusammengefasst. Mehr unter: <http://www.dihk.de/themenfelder/innovation-und-umwelt/news?m=2017-01-10-faktenpapier-oekodesign>

**Varna: Europäische Jugendhauptstadt 2017:** In 2017 wird Varna ein Treffpunkt für innovative Ideen, Kreativität und alternatives Denken. Im Mittelpunkt steht dabei die soziale Innovation, insbesondere die Entwicklung des sozialen Unternehmertums als Instrument für die Entwicklung von Jugendbeteiligung, nachhaltiger Beschäftigung, Kreativität, Vernetzung, Austausch und Bildung. Ihr könnt an diesen Aktivitäten teilnehmen und eure Vision für die Zukunft von anderen jugendbezogenen Projekten in der Europäischen Union vorschlagen. *Offizielle Webseite:* <http://www.varna2017.bg/en>

**Praxisworkshop zur EUROPÄISCHEN MOBILITÄTSWOCHE 2017:** Die Nationale Koordinierungsstelle der EUROPÄISCHEN MOBILITÄTSWOCHE beim Umweltbundesamt richtet am 16. Februar in Berlin einen Praxisworkshop für Kommunen und interessierte Akteure aus, um gemeinsam mit den Vorbereitungen für die EMW 2017 zu beginnen. Die Teilnahme ist kostenlos. Hier finden Sie das vorläufige Programm: <https://www.umweltbundesamt.de/dokument/praxisworkshop-zur-europaeischen-mobilitaetswoche>



### Neue Impulse für eine europäische Dienstleistungswirtschaft

## Deutscher Meisterbrief wird nicht in Frage gestellt

**Die EU-Kommission will das Potential des europäischen Binnenmarktes für Anbieter von Dienstleistungen besser nutzen. Mit ihren, in der vergangenen Woche, vorgelegten Vorschlägen sollen bürokratische Hürden für Unternehmer und Freiberufler abgebaut werden.**

Es geht nicht darum, den Mitgliedstaaten zu sagen, wie sie ihre Berufe reglementieren sollen. Und die Kommission hat auch keinerlei Absicht, den deutschen Meisterbrief in Frage zu stellen. Vielmehr sollen den deutschen und anderen europäischen Unternehmen und Freiberuflern die Chance geboten werden, Dienstleistungen für einen potentiellen Kundenkreis von 500 Millionen Menschen EU-weit anzubieten. Das ist gerade für kleine und mittlere Unternehmen wichtig, für die die administrativen Hürden kostspielig und schwer zu überwinden sind.

Konkret schlägt die EU-Kommission die folgenden vier Initiativen vor:

**1. Eine neue „Elektronische Europäische Dienstleistungskarte“:** Ein vereinfachtes elektronisches Verfahren soll es Dienstleistern wie z. B. Ingenieurbüros oder IT-Beratern erleichtern, die notwendigen Verwaltungsformalitäten für eine Dienstleistungstätigkeit im Ausland zu erfüllen. Dienstleistungserbringer haben damit künftig einen einzigen Ansprechpartner in ihrem Heimatland und in ihrer eigenen Sprache. Dieser prüft die erforderlichen Informationen und leitet sie an den Aufnahmemitgliedstaat weiter. Der Aufnahmemitgliedstaat bleibt zuständig für die Anwendung der nationalen Vorschriften und für die Entscheidung, ob der Antragsteller in seinem Hoheitsgebiet Dienstleistungen anbieten darf.

**2. Eine Verhältnismäßigkeitsprüfung der nationalen Vorschriften für reglementierte Berufe:** Für die Reglementierung oder Liberalisierung freier Berufe ist die EU nicht zuständig. Dies ist nach wie vor ein Vorrecht der Mitgliedstaaten. Allerdings muss ein Mitgliedstaat nach EU-Recht nachweisen, dass neue nationale Vorschriften für Freiberufler notwendig und angemessen sind. Die Kommission will ein einheitliches und konsequentes Vorgehen sicherstellen, indem sie eine Verhältnismäßigkeitsprüfung vorschlägt und einfach und klar darlegt, wie die Mitgliedstaaten bei dieser umfassenden und transparenten Prüfung vorgehen müssen, bevor sie ihre nationalen Vorschriften

für freiberufliche Dienstleistungen erlassen oder ändern.

### 3. Leitlinien für nationale Reformen bei der Reglementierung freier Berufe

Die Kommission legte Leitlinien zum Reformbedarf der Mitgliedstaaten bei der Reglementierung freiberuflich erbrachter Dienstleistungen mit hohem Wachstums- und Beschäftigungspotenzial vor; dazu gehören die Tätigkeiten von Architekten, Ingenieuren, Rechtsanwälte, Rechnungsprüfern, Patentanwälten, Immobilienmaklern und Fremdenführern. Die Mitgliedstaaten werden aufgefordert, zu prüfen, ob die für diese freien Berufe geltenden Auflagen die von ihnen erklärten nationalen politischen Ziele erfüllen.

### 4. Verbessertes Meldeverfahren für Entwürfe nationaler Rechtsvorschriften für Dienstleistungen

Nach EU-Recht sind die Mitgliedstaaten verpflichtet, der Kommission die Änderungen zu nationalen Rechtsvorschriften für Dienstleistungen zu melden, damit das Exekutivorgan der EU und die anderen Mitgliedstaaten etwaige Bedenken aufgrund möglicher Unvereinbarkeiten mit dem EU-Recht bereits in einem frühen Stadium geltend machen können. Heute schlägt die Kommission Verbesserungen an diesem Mechanismus vor, um das Verfahren zeitsparender, effektiver und transparenter zu machen.

**Dienstleistungssektor schafft 90 Prozent der neuen Arbeitsplätze:** Dienstleistungen machen zwei Drittel der Wirtschaftsleistung der EU aus und sie schaffen etwa 90 Prozent der neuen Arbeitsplätze. Dennoch bleibt der Dienstleistungssektor hinter seinen Möglichkeiten zurück. Das Produktivitätswachstum des Sektors ist gering, und die übrigen Länder der Welt holen auf. Es bestehen noch Hindernisse für die Gründung und das Wachstum von Unternehmen, was höhere Preise und eine geringere Auswahl für die Verbraucher bedeutet. Zudem hängt die Leistungsfähigkeit der Industrie immer stärker von der Wettbewerbsfähigkeit des Dienstleistungssektors ab. Hindernisse für den Handel mit Dienstleistungen im Binnenmarkt sind daher auch Hemmnisse für die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie der EU. Um diesen Trend umzukehren und zusätzliche Arbeitsplätze und Wachstum zu schaffen, müssen die Mitgliedstaaten die Entwicklung der Dienstleistungswirtschaft ankurbeln und das Potenzial des Binnenmarkts für Dienstleistungen besser nutzen.